

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 30 (1989)  
**Heft:** 10

**Artikel:** Lettland und Litauen  
**Autor:** Revesz, Laszlo  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093657>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Lettland und Litauen

**In der letzten Nummer hat Prof. Revesz das nationale Aufbegehren in den drei baltischen Staaten gezeigt und das Beispiel Estlands eingehender behandelt. Heute gilt die detaillierte Schilderung den zwei Sowjetrepubliken von Lettland und Litauen.**

Während die Esten zur ugrofinnischen Sprachfamilie gehören, stellen die Letten und Litauer im Baltikum die eigentlich baltische Bevölkerung dar. Sie ist als ursprünglicher Bestand in Litauen besser gewahrt als im stark überfremdeten Lettland.

## Die Angst der Letten

Lettland hat 2,7 Millionen Einwohner, und nur 60 Prozent von ihnen sind Letten. Ihr prozentualer Anteil an der Bevölkerung hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten kontinuierlich verringert. Lettland hat von allen Unionsrepubliken die höchste Einwanderungsrate. Zwischen 1971 und 1988 umfasste der Zustrom mehr als 200 000 Personen, was nahezu das Doppelte der natürlichen Bevölkerungszunahme darstellte («Sowjetskaja Latwija», Riga, 18. 2. 1989).

Deshalb fühlen sich die Letten in ihrer ethnischen, sprachlichen und kulturellen Identität bedroht. Dazu kommt, wie die dortige Parteipresse selbst betont, dass sie sich in ihrer eigenen Heimat als zweitrangige Eingebore-

rene behandelt sehen: Führende Posten werden meistens von Nichtletten und insbesondere von Russen bekleidet («Kommunist Sowjetskoj Latwii», Riga, Nr. 2/1989).

Die lettische Sprache drohte in den letzten Jahren zu einem bloss noch im Familienrahmen gebrauchten Idiom zu verkümmern. In der Jugendorganisation Komsomol, in Spitälern, Ämtern und Läden dominiert die russische Sprache. Die Russen kommen mit ihrer Muttersprache in der Regel überall durch, die Letten in der Regel nicht. Zu diesem Ergebnis kam eine Umfrage, die letztes Jahr durchgeführt wurde («Kommunist Sowjetskoj Latwii», Nr. 12/1988).

Ähnlich wie in Estland (siehe letzte Nummer) ist es auch in Lettland zur Bildung einer Volksfront gekommen, welche die Wahrung der einheimischen Interessen auf ihre Fahnen geschrieben hat, und auch hier ist die Partei- und Staatsführung der Republik nach anfänglichem Sträuben auf die nationale Linie eingeschwenkt.

Die lettische Volksfront hat vor allem in Riga schon häufig Massenkundgebungen organisiert, und was die strassenkundigen Gefühle sind, zeigen die an die Wände geklebten Plakate, auf denen man die Russen als «Okkupanten» oder als «Drachen» bezeichnet.

Das Gegenstück zur Volksfront bildet auch in Lettland die sogenannte Interfront, die Vereinigung der innersowjetischen Internationalisten. Die Mitglieder sind so gut wie ausschliesslich Nichtletten und hauptsächlich Russen. Es ist nicht zu übersehen, dass man zurzeit eine klare Zweiteilung der Einwohnerschaft hat, die Letten auf der einen Seite, die Zugewanderten auf der andern Seite.

Gemeinsam ist der Volksfront und der Interfront die Berufung auf die Perestrojka; bloss wird diese für gegensätzliche Ziele in Anspruch genommen.

Die Interfront hat sich im Februar 1989 ein Statut gegeben, das folgende programmatische Punkte enthält: Aktivierung der Bevölkerung zur Perestrojka unter der Parteiführung (hier ist wohl mehr an Moskau als an Riga gedacht), Streben nach wirtschaftlicher Selbständigkeit Lettlands (ja, aber...) im

Rahmen des einheitlichen gesamtsowjetischen Wirtschaftskomplexes, Bekämpfung von Chauvinismus und Nationalismus (der Letten). In einer gleichzeitig verabschiedeten Erklärung fordert die Interfront die Bildung einer Nationalitätenkammer im Obersten Sowjet Lettlands (nun müsste plötzlich die russische Minderheit geschützt werden, die sich bis anhin über die Bedürfnisse der Letten hinwegsetzen konnte). Die Verfassung der Lettischen SSR solle sowohl die lettische als auch die russische Sprache als Staatssprache anerkennen. Überdies wird die Einsetzung eines Verständigungskomitees zwecks Überwindung der nationalen Gegensätze vorgeschlagen («Sowjetskaja Latwija», 16. 2. 1989).

Die Forderungen nehmen sich, allein betrachtet, keineswegs unvernünftig aus. Nur kommen sie reichlich spät von einer Gruppe, die nicht im Traum daran gedacht hatte, Gegenrecht zu halten, solange sie sich ihrer Privilegien sicher fühlte. Erst jetzt, in



Die Wahlen in den gesamtsowjetischen Volksdeputiertenkongress brachten im März der Volksfrontbewegung im Baltikum überwältigende Erfolge. Hier Wahlvorbereitung in Litauen («Kommunist», Vilnius, Nr. 3/1989)

## In dieser Nummer

<b>Lettland und Litauen</b> .....	2
Zu den nationalen Fragen im Baltikum	
<b>Polen in Aperçus</b> .....	5
SOI-Mitarbeiter offiziell eingeladen	
<b>UdSSR und China</b> .....	8
Aus der Geschichte gelernt	
<b>Protest in Peking</b> .....	10
Ohne Liberalisierung keine Reformen	
<b>Irrationales Iran</b> .....	11
Zusammenhänge	

die Defensive gedrängt, erkennt sie die Ausgeglichenheit als Tugend an.

Neben der Interfront entstand später noch ein «Forum der Völker Lettlands», dem leider nur die lettischen Mitglieder fehlen, sodass die wohl angestrebte Mittlerrolle zwischen Volksfront und Interfront dahinfällt («Sowjetskaja Latwija», 27. 1. 1989).

Am 5. Mai dieses Jahres hat Lettland in Analogie zu Estland und Litauen die ursprüngliche Landessprache mit lokalen Ausnahmen zur grundsätzlich alleinigen Amtssprache erhoben. Die Einführung erfolgt stufenweise bis zum 1. Januar 1995. Die Nichtletten werden zum Besuch von lettischen Sprachkursen verpflichtet.

Wie im ganzen Baltikum ist in Lettland die Bewältigung der Vergangenheit, und insbesondere das seinerzeitige Bündnis zwischen Hitlerdeutschland und der Sowjetunion, zu einem öffentlichen Motiv geworden. «Viele Ereignisse der Jahre 1938 bis 1940 bedürfen der Abklärung», bemerkt die KP-Monatszeitschrift «Kommunist Sowjetskoj Latwii» (Nr. 4/1989), und die Neubewertung der Geschichte erstreckt sich mindestens auf die stalinistische Periode insgesamt sowie auf die Periode der unabhängigen baltischen Länder 1918–1940.

Die Parteiführung, in welcher sowohl Letten als auch Russen sitzen, macht bei der nationalen Erneuerung mit und distanziert sich gleichzeitig pflichtschuldig vor antisowjetischen und antirussischen Elementen der Volksfront oder vom Missbrauch gerechtfertigter nationaler Anliegen zum ungerechtfertigten Separatismus («Prawda», Moskau, 10. 1. 1989). Aber selbst mit einem Minimum an Bekenntnis zur gesamtsowjetischen Kontinuität befindet sich die lettische KP in Lettland heute in der Defensive und bekundet sogar Mühe, sich in der eigenen Parteipresse Gehör zu verschaffen. Die nationale Anfechtung verbindet sich mit der ideologischen Anfechtung, und im Sinne der Glasnost emanzipiert sich die lettische Publizistik deutlich von den parteigebundenen Herausgeberorganisationen. Ein ausserordentlicher Kongress der lettischen Journalisten hat zu Beginn dieses Jahres öffentlich der Partei jedes Recht auf Wahrheitsmonopol abgesprochen, und das wurde von der Parteipresse in zustimmendem Sinn publiziert («Sowjetskaja Latwija», 8. 2. 1989).

Sowohl Volksfront wie auch Interfront funktionieren als eine Art politischer Dachorganisation und begünstigen in ihrem jeweiligen Sinn die Entstehung zahlreicher weiterer Organisationen kultureller und kulturpolitischer Art insbesondere für die Jugend, die mit Rockkonzerten und dergleichen umworben wird. Hierbei wirken die volksfrontnahen Jugendgruppen internationaler als ihre nominell internationalistischen Gegenstücke, denn sie verbinden ihr lettisches Engagement unbeschwert mit westlicher Lebens- und Denkart, wogegen die russischen Internationalisten mit mehr Betonung auf herkömmliche Sowjetkultur eher provinziell wirken und nicht recht wissen, wie weit sie diesem Image entgegenwirken dürfen, ohne ihr eigenes Anliegen zu verleugnen.

Der Jugendverband Komsomol, theoretisch immer noch eine parteigeführte Massenorganisation, symbolisiert heute keinerlei Einheit oder gar Einheitlichkeit mehr. Von seinen Organisationsstrukturen, Räumlichkeiten und finanziellen Mitteln profitieren heute einfach beliebige Jugendgruppen zu beliebigen Zwecken. Unter dem Signet des städtischen Komsomolkomitees von Riga operieren heute 30 verschiedene Jugendvereinigungen, die vornehmlich volksfrontorientiert sind und lettische Emanzipation betreiben.

Hinter alledem steht immer die weit grössere Frage um die Unabhängigkeit oder «Unabhängigkeit» Lettlands, um die so oder anders verstandene Souveränität. Wir haben in der letzten Nummer gesehen, wie weit das offizielle Estland von der sowjetischen Auffassung der Sache abgekommen ist, wenn es die Anwendbarkeit des gesamtsowjetischen Rechts von dessen Annahme durch das estnische Parlament abhängig macht.

Das offizielle Lettland geht (noch?) nicht so weit. Indessen distanzieren sich seine Vertreter doch deutlich von der Scheinsouveränität, welche die UdSSR-Verfassung den einzelnen Sowjetrepubliken zubilligt. So erklärte der Präsident des Präsidiums des Obersten Sowjets Lettlands der polnischen Presseagentur PAP: «In Wirklichkeit ist unsere Republik nicht souverän» («Polityka», Warschau, 18. 3. 1989).

Als relativ harmloses Beispiel dafür führte der lettische Staatspräsident die Tatsache an, **Fortsetzung auf Seite 4**

## LIEBE LESER

Der nebenstehende Beitrag über Lettland und Litauen ist eigentlich die Fortsetzung der Untersuchung, mit welcher Prof. Revesz in der letzten Nummer die baltische Situation behandelte und den Fall von Estland «abschluss». Aber schon wären – typisch genug für die zeitgeschichtliche Entwicklung in der Sowjetunion – die nächsten Nachträge fällig, und auf einen estnischen Vorstoss möchte ich hier besonders hinweisen.

Die frischgewählten estnischen Abgeordneten in den Volksdeputiertenkongress der Sowjetunion haben auf die gewaltsame Unterdrückung der georgischen Demonstrationen vom April mit einer gemeinsamen Erklärung reagiert. Der Text wurde am 29. April in der Tageszeitung «Sowjetskaja Estonija» veröffentlicht, dem offiziellen Organ des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Estlands. Und hier nun einige Stellen daraus:

«Wir verurteilen vorbehaltlos den Einsatz von sowjetischen Streitkräften gegen die (georgische) Bevölkerung. Wir sind tief empört über die gewaltsame Durchsetzung der Macht in den Strassen von Tiflis und über den Einsatz chemischer Waffen, dies um so mehr, als die sowjetische Regierung auf internationaler Ebene ein Verbot ihrer Erzeugung und Nutzung propagiert und ihre Vernichtung fordert.

Wir sind der Meinung, dass solche Handlungen, unabhängig davon, wer sie angeordnet hat, und welchen Zielen sie dienen, ausserhalb jeglichen Rechtes stehen, ob man nun an den juristischen, an den moralischen oder an den menschlichen Sinn des Wortes denke.

Unsere gemeinsame Trauer mit dem georgischen Volk verpflichtet uns als Volksdeputierte der UdSSR zur Anstrengung, auf rechtlischem Weg eine Wiederholung dessen, was (in Tiflis) geschehen ist, für die Zukunft auszuschliessen.»

Das ist Solidarität unter Menschen gegen willkürliche Gewaltanwendung, und das ist gleichzeitig Solidarität aus Estland zu Georgien, aus dem Baltikum zur Kaukasusregion. Solches gab es früher als oppositionelle Erscheinung. Nunmehr ist es die anerkannte Volksvertretung, die sich dieses Anliegen zu eigen macht, und es ist die offizielle Parteipresse einer Sowjetrepublik, die ihm Gehör verschafft. *Christian Brügger*

ПРОЛЕТАРИИ ВСЕХ СТРАН, СОЕДИНЯЙТЕСЬ!



# СОВЕТСКАЯ ЛАТВИЯ

Газета выходит с января 1919 г.

№ 99 (13999)  
Суббота, 29 апреля 1989 года  
Цена 3 коп.

Орган Центрального Комитета Компартии Латвии, Верховного Совета и Совета Министров Латвийской ССР

Die baltische Parteipresse (hier «Sowjetskaja Latwija» [Riga]) ist ganz auf die Linie der nationalen Volksfrontbewegungen eingeschwenkt.

Fortsetzung von Seite 3

dass «die Unionsministerien auf dem Territorium unserer Republik alles tun, was sie wollen». Demgegenüber müsse Lettland, wie alle andern Unionsrepubliken auch, nach heutiger Auffassung das Recht haben, «ihren Standpunkt der Unionsregierung mitzuteilen, bevor diese ihre Entscheidungen trifft». Das freilich tönt etwas forscher als es in Wirklichkeit ist, denn es bleibt unklar, ob hier ein Mitspracherecht oder ein blosses Anhörungsrecht postuliert wird. Im Minimum nachweislich ist immerhin die strikte Ablehnung der bisherigen Gepflogenheiten. Vor einem Jahr noch wäre das eine Sensation gewesen, aber inzwischen wirkt das Verhalten angesichts der estnischen Herausforderung vergleichsweise blässlich.

Indessen sind Vergleiche nach bloss einem Kriterium trügerisch, und wenn sich Lettland in grundsätzlicher Hinsicht weniger herausnimmt als Estland, so hat es sich in praktischer Hinsicht bereits mehr geleistet als dieses. Wir haben im Zeitbild Nr. 5/1989 den lettischen Regierungsbeschluss gegen die Zuwanderung aus andern Unionsrepubliken publiziert. Das ist de facto eine Ausländergesetzgebung, und erst noch eine markant fremdenfeindliche. Da werden den Betrieben für die Anstellung republikfremder Arbeitskräfte saftige Bussen auferlegt, da wird die Zuteilung von Wohnraum an Zugezogene nur unter der Bedingung gebilligt, dass sich kein geborener Lette dafür interessiert: eine Packung brisanter Massnahmen, die auf ihre Art ebenso provokant sind wie die einseitige Proklamierung von Souveränitätsrechten nach estnischem Muster.

Pragmatischen Vorrang hat heute in allen drei baltischen Republiken die Frage der wirtschaftlichen Souveränität. Um diese geht es vordringlich auch beim anstehenden ZK-Plenum der KPdSU über nationale Fragen.

**Litauen: Vetorecht gegenüber Moskau**

Wenn Lettland in der Prinzipienfrage noch unschlüssig erscheint, schickt sich Litauen jetzt an, dem estnischen Beispiel zu folgen, trotzdem dieses von Moskau inzwischen für unstatthaft erklärt worden ist (siehe letzte Nummer).

Wie die Esten unterstellen auch die Litauer die Gültigkeit sowjetischer Gesetzgebung dem Vorbehalt litauischer Zustimmung von Fall zu Fall. Vorsichtiger ist bloss die Art des Vorgehens. In Tallinn hatte man Land und Welt mit dem *Fait accompli* eines neuen estnischen Verfassungsartikels überrascht, und in Vilnius (Wilna) begnügt man sich einstweilen mit dem *Entwurf* einer entsprechenden Verfassungsbestimmung, was notfalls ein Nachgeben ohne Gesichtsverlust erlaubt. Die Zielsetzung freilich ist die gleiche.

Litauen ist mit seinen 3,7 Millionen Einwohnern das grösste der drei baltischen Länder, und seine Bevölkerungsstruktur ist im ethnischen Sinn relativ gefestigt, stellen doch die Litauer vier Fünftel der Einwohner.

Das nationale Aufbegehren sowohl gegen die Russifizierung der Institutionen als auch gegen die sowjetische (oder gegen die bisherige sowjetische) Ordnung ist in Litauen besonders breit. Über Sajudis, wie die dortige Volksfrontbewegung heisst (die sich

zugleich als Unterstützung der Perestrojka versteht), haben wir im Zeitbild mehrmals ausführlich berichtet. Sie hat einen ausgeprägten Massencharakter, und in dieser Hinsicht ist sie für Litauen heute nahezu das, was die Solidarnosc 1980 für Polen war.

Eingebettet im grossen Sajudis-Strom befinden sich heute eine Anzahl alternativer Organisationen. Sie vermehren sich, und sie werden, wie die Moskauer «Prawda» (22. 2. 1989) klagte, immer deutlicher von «Extremisten» dominiert, welche die Zugehörigkeit zur UdSSR und die sozialistische Ordnung ablehnen. Diesen Elementen stehe die litauische Presse einschliesslich der Parteiorgane und einschliesslich der russischsprachigen Zeitungen offen, wogegen man den vernünftigen Stimmen kein Gehör verschaffe.

Der litauische Parteichef Algirdas Brazauskas hat es als Vollblutpolitiker verstanden, die Sajudis-Wähler mitzureissen, ohne die Parteiinteressen zu verraten. Bei den jüngsten Parlamentswahlen war er im überwältigenden Triumph der Sajudis mit inbegriffen.

Tatsächlich dominiert die Sajudis-Bewegung die Öffentlichkeit des Landes, sein optisches Erscheinungsbild und seine Atmosphäre. Das trifft sogar, wie die Besucher fast einhellig berichten, auf die Hauptstadt Vilnius zu, obschon dort die Nichtlitauer rein zahlenmässig knapp dominieren; momentan sind die Litauer einfach tonangebend.

Aber wie gesagt hat es mit der bloss klimatischen Veränderung nicht sein Bewenden. Denn nunmehr bezieht auch das amtliche Litauen deutlich Front gegen die sowjetischen Zentralbehörden.

Instrument ist der erwähnte Verfassungsentwurf nach estnischem Vorbild. Dem estnischen Artikel 5 entspricht Artikel 73 der vorgesehenen litauischen Verfassung. Es formuliert ein Vetorecht gegen Unionsbeschlüsse, welche die Interessen der litauischen Republik verletzen («Sowjetskaja Litwa», 23. 4. 1989).

Dieser Vorstoss ist um so gravierender, als er nach dem Beschluss des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 26. November 1988 erfolgt ist. Jener Ukas erklärte anlässlich des estnischen Präzedenzfalls eine solche Souveränitätsauffassung einer Sowjetrepublik ausdrücklich für unvereinbar mit der gesamtsowjetischen Verfassung und für ungültig. Über diesen Bescheid sind die Litauer hinweggegangen.

Im weiteren erklärt der Verfassungsentwurf die litauische Sprache zur Staatssprache (mit Einschränkungen im Sinne des lettischen Vorbilds) und enthält eine Neuregelung der Eigentumsformen, zwei Dinge, die ebenfalls Kontroversen auslösen können. Aber die in Litauen wie schon in Estland aufgeworfene Souveränitätsfrage rührt an den Bestand der UdSSR. ■

**Reformen in der Sowjetunion**

Zeitabschnitt	Anteil der fortschrittlichen Reformen	Anteil der Rückschritte
Am Total der Reformen		
Im Monat April allein	75 %	25 %
Seit Beginn der Analyse	78 %	22 %
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Im Monat April ist in der Liberalisierung der Menschenrechte nur noch ein leichtes Übergewicht zu den entsprechenden Rückschritten festzustellen gewesen. Den Ausschlag hiefür gaben das Verhalten der Behörden und der KGB-Truppen in Georgien, einengende Bestimmungen für Journalisten und spärliche Informationsfreigabe anlässlich verschiedener Vorkommnisse.</li> <li>- Stark zugenommen haben im April gegenüber dem Vormonat Rationalisierungs- und Liberalisierungsmassnahmen im Bereich der Innenwirtschaft, zum Beispiel durch eine radikale Neugestaltung der landwirtschaftlichen Verwaltungsstruktur.</li> <li>- Auch im soziologischen Bereich waren vermehrte Fortschritte in der Liberalisierung zu verzeichnen, auch wenn es sich dabei sozusagen ausschliesslich um behördlicherseits nicht zurückgewiesene Forderungen verschiedener Bevölkerungsgruppen handelte, nicht aber um tatsächlich erfüllte.</li> <li>- Abgesehen von den immerhin bemerkenswerten zugesicherten oder wirklich eingeleiteten Abzügen sowjetischer Truppen aus der DDR beziehungsweise aus Ungarn war auf dem Gebiet der Aussenpolitik gegenüber europäischen Staaten nach wie vor kaum Bewegung festzustellen. Dies kann sich jedoch anlässlich der bevorstehenden Besuche Gorbatschows in einigen Ländern Europas (und in China) ändern.</li> </ul>		

Zusammenstellung: Harald de Courten